

Ein transparentes und mehrheitsfähiges CO₂-Preis-Modell für Deutschland

klima-retten.info Feedback bitte an: klima-retten@email.de

[Facebook-Post](#) (bitte teilen)

Inhalt

Teil 1: CO ₂ -Preis mit Klimadividende	1
Teil 2: Investitionen in eine fossilfreie Zukunft	2
Teil 3: Zielgenaue Umstellungshilfen für ökonomisch schwächere Bürger	3
Teil 4: Weitergehende Ökologische Finanzreform	3
Zusammenfassung.....	4
Resümee	4

Teil 1: CO₂-Preis mit Klimadividende

- **CO₂-Abgabe / CO₂-Steuer** von anfangs 20 € auf ALLE fossilen Brennstoffe
Umsetzung: Zusätzliche Komponente in der bestehenden Energiesteuer auf der Basis des Kohlenstoffgehalts der fossilen Energieträger.
- Steuersätze **CO₂-Komponente** in der **Energiesteuer** bei 20 € / t CO₂:
 - Benzin: 4,66 ct / l
 - Diesel/Heizöl: 5,20 ct / l
 - Erdgas: 0,40 ct / kWh
 - Braunkohle: ca. 46 € / t
 - Steinkohle: ca. 66 € / t
 - Importstrom: 20 € / t CO₂
EU-Konformität muss noch geprüft werden; Ermittlung CO₂-Intensität ist nicht trivial (Durchschnitt Herkunftsland?); innerhalb der Länder, die sich auf eine CO₂-Mindestbepreisung einigen, wäre keine CO₂-Abgabe auf Importstrom notwendig
 - mittelfristig auch
 - Kerosin: 5,52 ct / l (internationale Verträge müssen angepasst werden)
 - auf fossile Rohstoffe in der Kunststoffherzeugung
- Verzahnung mit dem **EU-Emissionshandel**:

Anlagen im EU-Emissionshandel können Zertifikatekosten in einer Steuererklärung gegenrechnen. Damit wirkt die CO₂-Abgabe dort wie ein nationaler Mindestpreis.

Der Zertifikatepreis im EU-Emissionshandel liegt nach einer erfolgreichen Reform bereits bei gut 20 € / t CO₂.

- **Klimadividende:**

Ausschüttung der gesamten Einnahmen aus einer CO₂-Bepreisung in einem pro Kopf gleich hohen Betrag an uns Bürger. Das schafft Akzeptanz und Gerechtigkeit.

Bei ca. 10 t CO₂-Emissionen derzeit pro Kopf in Deutschland macht das eine Klimadividende von rund 200 € vom Baby bis zum Rentner im Jahr. Überweisung z.B. zu Weihnachten auf das Konto.

Mit dem www.co2-preis-rechner.de der Bürgerlobby Klimaschutz kann jeder nachvollziehen, was CO₂-Bepreisung mit Klimadividende konkret bedeutet.

Geringverdiener und Familien würden profitieren, da deren Pro-Kopf-Emissionen in der Regel weit unter dem Durchschnitt liegen.

- CO₂-Abgabe wird grundsätzlich **jährlich angehoben**, um auf den politisch entschiedene Reduktionspfad für CO₂ zu kommen bzw. zu bleiben.
- Frage **internationale Wettbewerbsfähigkeit** ernst nehmen:

Wenn die CO₂-Abgabe eine bestimmte Höhe erreicht, wird man unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit im Auge behalten müssen. Das gilt grundsätzlich für jede ambitionierte nationale Klimapolitik (von der wir derzeit in Bezug auf CO₂ weit entfernt sind). Ein CO₂-Preis hat dabei den Vorteil der Kosteneffizienz, d.h. wir erreichen unsere Klimaschutzziele zu geringst möglichen Kosten.

Für bestimmte industrielle Prozesse (wie z.B. Stahlerzeugung), die besonders im internationalen Wettbewerb stehen, wird es (weiter) Sonderregelungen geben müssen, wenn unsere Mitbewerber nicht auch ähnlich ambitionierten Klimaschutz in diesen Bereichen betreiben. Eine gute Möglichkeit auf EU-Ebene könnte eine CO₂-Abgabe mit Grenzausgleich auf besonders CO₂-intensive Produkte wie Stahl und Zement sein (siehe entsprechendes [Konzept des DIW](#)).

Grundsätzlich müssen wir darauf setzen, dass spätestens ab Mitte der 20er Jahre alle wichtigen Länder der Welt ambitionierten Klimaschutz betreiben. Eine nationale Vorreiterrolle mit Augenmaß kann diese globale Kooperation befördern.

- Mittelfristige Ziele sollten sein:
 - **Ausweitung** des **EU-Emissionshandels** auf alle CO₂-Emissionen
 - Absprachen über **CO₂-Bepreisung global** voranbringen
 - diese Ziele dürfen nicht als Vorwand missbraucht werden, um auf nationale Maßnahmen mit Augenmaß zu verzichten

Teil 2: Investitionen in eine fossilfreie Zukunft

Ein wirksamer CO₂-Preis schafft Planungssicherheit für private und öffentliche Investitionen in eine fossilfreie Zukunft: technologie- und lebensstiloffen, ökologisch effektiv und ökonomisch kosteneffizient. Wahrscheinlich stellen z.B. dann Unternehmen selbst eine Ladeinfrastruktur auf die Beine, falls Batterie-Elektromobilität die Zukunft ist. Für den Staat gibt es Bereiche wie Bahninfrastruktur, Radschnellwege, etc. in denen er selbst die direkte Verantwortung für die notwendigen Investitionen trägt. Ein kontinuierlich steigender CO₂-Preis wird auch dem Staat "Beine machen", in die richtige Richtung zu investieren.

Teil 3: Zielgenaue Umstellungshilfen für ökonomisch schwächere Bürger

Die **Klimadividende** würde schon vieles sozial abfedern. Besonders Geringverdiener und Familien würden von ihr profitieren.

Die **technischen Alternativen** werden auf den Markt kommen, Lebensstile sich anpassen und auch die öffentlichen Investitionen werden in die richtige Richtung fließen mit einem kontinuierlich steigenden CO2-Preis.

Trotzdem muss die Politik z.B. bei **Mobilität im ländlichen Raum** und beim **Heizen** genau hinschauen, ob man mit sozialpolitischen zielgenauen Instrumenten zusätzlich unterstützen muss. Hier muss man beobachten, ob einkommensschwache Bürger die Investitionen in eine fossilfreie Zukunft (auch mit Hilfe der Klimadividende) selbst stemmen können oder ob sie Unterstützung brauchen.

Allen Bürgern durch Subventionen den Umstieg erleichtern zu wollen, ist nicht finanzierbar. Man sollte hier keine Erwartungen wecken, die nicht erfüllt werden können.

Konkrete Vorschläge für eine zielgenaue sozialpolitische zusätzliche Unterstützung:

- Entfernungspauschale als auszahlender Zuschuss für einkommensschwache Berufspendler im Rahmen der Steuererklärung.
Gegenfinanzierung: Senkung der allgemeinen Entfernungspauschale. Beides sollte schrittweise mit der kontinuierlichen Erhöhung des CO2-Preises geschehen. Von der heutigen als Werbungskosten vom zu versteuernden Einkommen abziehbaren Entfernungspauschale profitieren vor allem Gutverdiener.
- Ländliche Räume stärken: Breitbandausbau, Ärzteversorgung, Nahversorgung, neue Mobilitätskonzepte stärker fördern (z.B. App-basierte-Sammeltaxis bzw. Rufbusse), etc.
Gegenfinanzierung zusätzliche Förderung ÖPNV im ländlichen Raum: Kostendeckungsquote in Ballungsräumen mit guter ÖPNV-Infrastruktur erhöhen.
- KfW-Programme zur energetischen Sanierung speziell für
 - bezahlbare Wohnung in einem hochpreisigen Umfeld
 - einkommensschwache Eigenheimbesitzer ohne weiteres Vermögen
 - Gegenfinanzierung: KfW-Programme zur energetischen Sanierung auf einkommensschwache Bürger konzentrieren.
- Härtefälle beim Heizen können über ein entsprechend ausgestaltetes Wohngeld für Mieter und Hauseigentümer abgefangen werden. Beispiele für Härtefälle:
 - Eine energetische Sanierung ist aus Altersgründen im Moment nicht möglich.
 - Durch eine Modernisierungumlage wird aus einer 'bezahlbaren Wohnung' eine 'unbezahlbare'. Hier könnte ein entsprechend ausgestaltetes Wohngeld zumindest für eine Überbrückungszeit helfen. Mittelfristig müssen wir Mieten und überhöhte Modernisierungsumlagen durch ausreichend Wohnungen in den Griff bekommen.

Teil 4: Weitergehende Ökologische Finanzreform

Hier kann man u.a. diskutieren:

- Schrittweise Umstellung der alten Energiesteuersätze auf Energiegehalt als Bemessungsgrundlage und Infrastrukturfinanzierung im Verkehrsbereich. Damit würde auch das Dieselpatent langsam abgeschmolzen. Allerdings sollte die CO2-Bepreisung derzeit Vorrang haben vor einer schwierigen Diskussion über die stärkere Besteuerung von Diesel.

- Sektorkopplung fördern (Einsatz von Strom bei Wärme und Mobilität wird heute durch eine hohe Belastung mit Umlagen und Abgaben auf Strom behindert)
 - EEG-Umlage (derzeit 6,04 ct/kWh)
 - Beste Lösung: Sozial gerechte Abfinanzierung Teile der EEG-Umlage (Technologieanlaufkosten und Industrieausnahmen) aus dem Staatshaushalt.
 - Zweitbeste Lösung: Verwendung der Einnahmen aus der CO2-Bepreisung (s.o.) erst einmal für die Mit- bzw. Abfinanzierung der EEG-Umlage. Sobald Geld übrig bleibt, wird dieses als Klimadividende (s.o.) an uns Bürger ausgeschüttet. Die EEG-Umlage wird auch aufgrund eines wirksamen CO2-Preises sinken und in absehbarer Zeit Geschichte sein. Die Klimadividende müsste von Anfang an massiv kommuniziert werden. Damit hätte man ein plausibles Konzept mit kontinuierlich steigendem CO2-Preis und Klimadividende für den gesamten Prozess der Dekarbonisierung bis 2050, das nicht Gefahr läuft, durch eine "Abzockekampagne" skandalisiert zu werden.
 - Senkung der Stromsteuer gegenfinanziert aus dem Staatshaushalt. Allerdings sollte man bedenken, dass gerade wenn Strom eine immer größere Rolle spielt, dessen Besteuerung zur Finanzierung des Staatshaushaltes immer wichtiger werden könnte.
- Dienstwagenbesteuerung neu regeln
- Aufhebung Umsatzsteuerbefreiung von Fernflügen
- Mautpflicht für Fernbusse
- etc.

Zusammenfassung

- Kontinuierlich steigender CO2-Preis mit Klimadividende als maßgebliches Instrumentarium, um den Prozess der Dekarbonisierung bis 2050 zu steuern.
- Weitere Bausteine einer Ökologischen Finanzreform prüfen. CO2-Bepreisung sollte im Moment jedoch absolute Priorität haben. In einer komplexen Energiesteuerreform könnte das Thema "CO2-Bepreisung" verbrannt werden.
- Zielgenaue sozial- und strukturpolitische Umstellungshilfen für uns Bürger.

Resümee

Die Realität ist komplex. Aber man muss sie nicht ohne Not noch komplexer machen. Deshalb wurde hier ein transparentes Modell für Deutschland vorgestellt. Bei anderen vorgelegten Vorschlägen zu einer CO2-Bepreisung besteht die große Gefahr, dass das Thema z.B. durch "Abzockekampagnen" verbrannt werden kann. Mit den Einnahmen aus einer CO2-Bepreisung sollten keine bisherigen Steuereinnahmen für den Staatshaushalt ersetzt werden. Das geht politisch schief. Es darf nicht der Verdacht entstehen, bei der CO2-Bepreisung gehe es doch eher um die Einnahmen als um die Dekarbonisierung.

Wichtig wäre auch, dass wir die oben aufgezeigte Teilthemen 1 - 4 möglichst getrennt diskutieren. Sonst verührt man alles in einem Topf, es kennt sich keiner mehr aus, jeder findet etwas wo er dagegen ist und am Ende ist keiner mehr für etwas.